

Dezember 2019

Länderbericht

Auslandsbüro Ukraine (Kiew / Charkiw)

Ernüchternder Neustart

Die Staats- bzw. Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine haben sich nach drei Jahren wieder im Normandie-Format getroffen – mit überschaubaren Ergebnissen. Auch innenpolitisch ist eine gewisse Ernüchterung nach einem halben Jahr Amtszeit des neuen ukrainischen Präsidenten Selenskyj feststellbar.

Tim B. Peters, Vasyly Mykhailyshyn, Isabel Weininger

Am Montag, dem 9. Dezember 2019 kam es in Paris nach drei Jahren wieder zu einem Normandie-Treffen auf der Ebene der Staats- bzw. Regierungschefs zur Vermittlung im Ukraine-Konflikt. Dabei trafen zum ersten Mal Wolodymyr Selenskyj in seiner Funktion als neuer Präsident der Ukraine und der russische Präsident Wladimir Putin aufeinander. Das Ergebnis ist – ebenso wie die Analyse der ersten Monate der Arbeit der neuen ukrainischen Regierung – ambivalent. Der Konflikt in den ostukrainischen Gebieten Luhansk und Donetsk hat seit 2014 bereits über 13.000 Todesopfer gefordert. Allein 2019 sind bislang 144 Zivilisten verletzt worden, davon 28 tödlich.¹

Ergebnisse des lang erwarteten Gipfels

Die Verhandlungen dauerten insgesamt fast acht Stunden, zu Beginn hatte der ukrainische Präsident auch ein erstes bilaterales Gespräch mit Wladimir Putin. Es folgte eine Pressemitteilung, welche die wichtigsten Ergebnisse des Gipfels darstellte.²

Wie erwartet, kam es zu keinem deutlichen Durchbruch bei dem Treffen. Bereits vor dem Gipfel waren die Erwartungen an das Normandie-Treffen nicht gerade hoch. Die Bundesregierung erwartete lediglich „einen neuen Impuls für den Friedensprozess und eine Verständigung auf nächste Schritte.“

Zusammenfassend einigten sich die vier Seiten auf folgende sofortige Maßnahmen, die alle bereits in den Minsk-Dokumenten von 2015 ursprünglich festgehalten waren: eine umfassende Umsetzung des Waffenstillstands, diesmal bis Ende des Jahres 2019, die Weiterführung der Minenräumung, eine weitere Entflechtung an der sogenannten Kontaktlinie, einen Gefangenenaustausch sowie die Ausschöpfung des vollen Mandats der OSZE-Sonderbeobachtungsmission (Special Monitoring Mission – SMM).

Die Seiten haben sich verständigt, drei zusätzliche Entflechtungszonen an der Kontaktlinie zu

definieren sowie drei neue Übergangstellen zu eröffnen. Der nächste Gefangenenaustausch ist im Format „alle gegen alle“ bis zum Ende des Jahres zu erwarten. Dieser Punkt betrifft aber nur die ukrainischen Gefangenen, die in Separatistengebieten in Haft sind. Ukrainische Häftlinge in Russland und auf der Krim kommen nicht in Betracht. Auch die Anzahl von „allen“ wird unterschiedlich betrachtet. Präsident Selenskyj sprach von 72 Ukrainern, die bis zum Ende des Jahres nach Hause zurückkehren können. Die Vertreter der sogenannten „Volksrepubliken“ sprechen von 53 Ukrainern die gegen 88 „DNR-Anhänger“ getauscht werden sollen.³

Die OSZE SMM soll außerdem ihr Mandat voll ausschöpfen können, das heißt auf dem gesamten Gebiet der Ukraine sowie 24 Stunden, nicht nur tagsüber, im Einsatz sein.

Auch die politischen Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen wurden wieder bestärkt, dabei blieben die strittigen Punkte weiterhin ungeklärt. Das existierende ukrainische Gesetz über Besonderheiten der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Gebieten der Regionen Luhansk und Donetsk soll um ein weiteres Jahr verlängert werden. Dabei soll die im Herbst unterzeichnete „Steinmeier-Formel“ auch in der ukrainischen Gesetzgebung festgelegt und umgesetzt werden. Die Formel sieht vor, dass die Separatistengebiete

te am Tag der stattfindenden Kommunalwahlen einen vorläufigen Sonderstatus bekommen, der bei Anerkennung der Wahlen als solchen, die grundsätzlich den OSZE-Standards entsprechen, bestätigt wird.⁴

Das nächste Normandie-Treffen in diesem Format ist in vier Monaten in Berlin angesetzt, wo unter anderem die Frage der Kontrolle über die Grenze sowie die Durchführung der Lokalwahlen in Separatistengebieten behandelt werden sollen.

Friedensinitiativen von Präsident Selenskyj: Der Weg zum Normandie-Gipfel

Laut Umfragen ist Frieden in der Ostukraine eine der fünf wichtigsten Erwartungen der ukrainischen Bevölkerung an den im April gewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Die Konfliktlösung war auch eines der Wahlversprechen Selenskyjs und so gab es zwischen Kiew und Moskau im vergangenen Halbjahr bereits kleine Fortschritte. Einer der wichtigsten Erfolge war der erste Gefangenenaustausch seit 2017, bei dem 35 ukrainische Bürger, darunter 24 Seeleute, die im Zuge des Zwischenfalls in der Meerenge von Kertsch von Russland festgesetzt worden waren (siehe [Länderbericht](#)), sowie bekannte politische Häftlinge wie der Regisseur Oleh Sentsow Anfang September in die Ukraine zurückkehren konnten. Es kam auch zu einer Kräfteentflechtung an drei Stellen der Kontaktlinie: an zwei Übergängen neben Zolote und Stanytsia Luhanska sowie nahe der Dörfer Petriwske und Bohdaniwka. Diese Aktion wurde trotz der Nichterfüllung der Bedingung der Einhaltung einer effektiven Waffenruhe für 7 Tage durchgeführt und hat auch nicht zu einer Verminderung der Waffenstillstandsverletzungen an anderen Stellen der Kontaktlinie geführt. Ab dem 21. Juli 2019 war eine neue „Erntewaffenruhe“ angekündigt, die zu einer relativen Senkung der Intensität der Kampfhandlungen geführt hat. Im Herbst war aber die Anzahl der Verstöße gegen die Waffenruhe im Vergleich zum August wieder angestiegen – zusammen mit der Anzahl von Toten und Verletzten unter Militärs und Zivilisten.

Die Unterzeichnung der sogenannten „Steinmeier-Formel“ in Minsk im September brachte dem

neuen Präsidenten erste große Kritik von Teilen der Bevölkerung ein – darunter Oppositionsanhänger sowie Nationalisten. Mehrere Tausend Ukrainer demonstrierten im Oktober 2019 auf dem Maidan in Kiew sowie in vielen anderen Städten gegen die Unterzeichnung der „Steinmeier-Formel“ mit dem Slogan „Keine Kapitulation“. Die Formel sagt nichts dazu, unter welchen Bedingungen Wahlkampf und Wahlen stattfinden sollen und über die Reihenfolge – etwa ob die Ukraine vor den Kommunalwahlen die Kontrolle über die Grenze zu Russland in den sog. Separatistengebieten übernimmt oder erst danach.

Alle diese Schritte gehörten zu den ursprünglichen Bedingungen Russlands, damit das Treffen im Normandie-Format überhaupt stattfinden konnte.⁵ Am 12. November 2019 hat aber der russische Vertreter in der trilateralen Kontaktgruppe in Minsk, Boris Gryzlov, neue Forderungen aufgestellt. Die Ukraine solle den Sonderstatus für die Separatistengebiete in der ukrainischen Verfassung festlegen sowie direkte Verhandlungen über die Friedensmodalitäten mit den Vertretern der sogenannten Volksrepubliken führen.⁶ Diese Forderungen hat Russland auch mit nach Paris genommen.

Insgesamt lag Wolodymyr Selenskyj von Anfang an viel am Normandie-Gipfel und einem dort stattfindenden persönlichen Treffen mit Wladimir Putin. Wie er selbst geäußert hat, möchte er in Putin einen Menschen sehen sowie aus dem Normandie-Format ein Verständnis und ein Gefühl mitbringen, ob alle wirklich diesen tragischen Krieg beenden wollen.⁷ Die Erwartungen an das Treffen sind aber auch bei Präsident Selenskyj in den ersten Monaten seiner Amtszeit deutlich gesunken – von der Überzeugung, den Krieg durch ein Gespräch mit dem russischen Präsidenten beenden zu können bis zur Äußerung, das Treffen selbst sei schon ein Erfolg.

Kritik an der Friedensinitiative

Bezüglich der Friedensinitiativen des Präsidenten sprachen sich bei einer Umfrage des Razumkow-Zentrums im Oktober 2019 die Mehrheit der Befragten (56%) gegen einen Sonderstatus für die sogenannten „Volksrepubliken“ Donetzk („DNR“)

und Lugansk („LNR“) aus, nur 26% dafür. Eine föderale Struktur der Ukraine ist noch unbeliebter (63% dagegen und nur 17% dafür). Bemerkenswert ist die mehrheitliche Antwort auf die Frage: „Welche Schritte zur Friedenssicherung im Donbas würden Sie unterstützen?“ Die Aufnahme offizieller Verhandlungen der ukrainischen Behörden mit der derzeitigen Führung der „DNR“ und der „LNR“ wird von einer knappen Mehrheit positiv gesehen (41,5% dafür, 39,4% dagegen). Am wenigsten Unterstützung erreichten hingegen eine Anerkennung der Krim als russisches Territorium im Austausch für die Befreiung des Donbas (9,8% dafür und 70,1% dagegen), sowie eine Trennung der von „DNR“ und „LNR“ besetzten Gebiete von der Ukraine (11,6% dafür und 73,1% dagegen). Auch die Amnestie bleibt ein Streitpunkt: 59% der Befragten sind gegen eine Amnestie für alle, die an Kampfhandlungen teilgenommen haben, und nur 18,4% sprachen sich dafür aus.⁸

Bereits vor dem Gipfel am Sonntag gab es Demonstrationen auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew. Die Organisatoren waren unter anderem die Parteien „Europäische Solidarität“ des ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko, „Vaterland“ (Batkiwtschyna) von der ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, „Stimme“ (Holos) des Sängers Swjatoslaw Wakartschuk sowie die rechtsnationale Partei „Freiheit“. Die Demonstranten machten ihren Unmut gegen vermeintliche Zugeständnisse an Putin deutlich und wollten die „roten Linien“ unterstreichen, die Selenskyj nicht überschreiten dürfe und zu denen meist fünf Punkte gezählt werden: eine föderale Struktur des Landes, Kompromisse bezüglich der Krim, eine Abkehr vom euro-atlantischen Kurs der Ukraine, Wahlen in den nicht-regierungskontrollierten Gebieten ohne Rückzug der russischen Truppen bzw. ohne Wiedergewinn der Kontrolle durch die ukrainischen Soldaten sowie die Aufgabe der internationalen Klagen gegen Russland. Amtsvorgänger Poroschenko verkündete auf der Bühne, man könne Putin nie trauen und er manipulierte sowohl Karten, Emotionen als auch Fakten. Die Demonstranten waren wohl nicht mehr als ein paar Tausend, zogen aber am Sonntagabend trotz winterlicher Kälte vor das Präsidentenbüro, wo sie bis zu den Ergebnissen des Gipfels am Montagabend um Mit-

ternacht Kiewer Zeit campierten. Dienstagfrüh war der Platz bereits wieder leer.⁹

Das fehlende Vertrauen in Selenskyjs außenpolitische Stärke fußt auf der Kritik an der fehlenden außenpolitischen Erfahrung von ihm und seinem Team. Die Demonstranten befürchten, er könne sich nicht gegen Putin oder eine vermittelnde Verhandlungsposition von Merkel und Macron durchsetzen. Auch fordern die Ukrainer eine stärkere Unterstützung durch Deutschland und Frankreich, nicht zuletzt auch wegen des Interviews des französischen Präsidenten, in dem er sich für einen Neustart der strategischen Beziehungen mit Russland, sowie einen Wiederaufbau einer Architektur von Vertrauen und Sicherheit ausgesprochen hat.¹⁰ Nicht nur in der Ukraine führte dies zu starker Kritik am französischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin, dass eine solche verstärkte Annäherung an Russland die Sicherheit Europas gefährden würde.¹¹ Ferner gibt es ukrainische und internationale Stimmen, die gegen eine Reintegration des Donbas argumentieren. Die pro-russischen Separatistengebiete seien ökonomisch mit zu hohen Wiederaufbaukosten verbunden, aber auch politisch in den vergangenen Jahren russifiziert und militarisiert worden, sodass sie der pro-europäischen Annäherung der Ukraine schaden würden: „Wenn der östliche Donbas wieder in die Ukraine gebracht wird, wird Putins Einfluss wieder zunehmen. Er würde einen Rückzug in die gesamte Politik des Landes erhalten.“¹²

Das problematische an der sinkenden Unterstützung der Friedensinitiativen ist, dass Präsident Selenskyj bei den Wahlen Frieden versprochen hat. Zunächst ist es ihm wichtig, die Lebensbedingungen der Menschen an der Kontaktlinie zu verbessern, beispielsweise im Ort Stanytsja Luhanska. Durch die neue Brücke, befestigte Straßen und neue Busverbindungen hat man zumindest etwas für die 13.500 Menschen erreicht, die hier täglich die Kontaktlinie überqueren. Doch für eine wirkliche Beendigung des Konflikts wird Selenskyj kaum Kompromisse in Minsk mit den Forderungen nach roten Linien in Teilen der Bevölkerung in Einklang bringen können. Am Ende könnte es sein, dass der Preis für einen wirklichen Waffenstillstand für die Mehrheit der Ukrainer inakzeptabel ist – vor allem dann, wenn

es auf eine Frage „Freiheit oder Einheit“ hinauslaufen würde.

Innenpolitische Reformen

Präsident Selenskyj ist seit Mai 2019 im Amt und hat seit September mit seiner Regierungspartei „Diener des Volkes“ auch die absolute Mehrheit im Parlament inne. Seitdem ist er bemüht mit hohem Tempo die geforderten Reformen durchzuführen. Unter dieser sogenannten „Turbogesetzgebung“ leidet teilweise die Qualität der neuen Gesetzesvorhaben. Die Mehrheit der verabschiedeten Gesetze verstieß gegen prozedurale Verfahrensregeln. Jedoch ist laut einer Studie des Laboratoriums der Gesetzesinitiativen die Anzahl der Gesetzesvorschläge in den ersten drei Monoparlamentarischen Mischsystem der Ukraine der Präsident im Legislativprozess deutlich an Bedeutung gewonnen hat.

Nichtsdestotrotz gibt es erste positive Entwicklungen. Neben der Besetzung von vielen Minister- und Regierungspositionen mit reformorientierten Persönlichkeiten gibt es auch erste Ergebnisse. Als Beispiele können die angekündigte Öffnung des Bodenmarktes, die Stärkung der Kompetenzen der Antikorruptionsbehörden (Nationales Antikorruptionsbüro und Agentur für Korruptionsprävention) durch neue Abhörrechte und eine Reform der Generalstaatsanwaltschaft sowie die Wiedereinführung des Gesetzes gegen illegale Bereicherung genannt werden. Die ebenfalls beschlossene generelle Aufhebung der Abgeordnetenimmunität ist vor dem Hintergrund ukrainischer Realitäten zu sehen, in denen das Abgeordnetenmandat in der Vergangenheit mitunter vor allem als Schutz vor Strafverfolgung missbraucht wurde.

Anfang Dezember hat sich die Regierung außerdem auf ein neues dreijähriges Programm des Internationalen Währungsfonds über 5,5 Milliarden US-Dollar geeinigt. Der IWF mahnte zugleich an, dass der „wirtschaftliche Erfolg der Ukraine entscheidend davon abhängt, dass die Rechtsstaatlichkeit, die Integrität der Justiz gestärkt und die Rolle der Interessenbindungen in der Wirtschaft verringert wird, und dass es von größter Bedeutung ist, die Rolle von Oligarchen in der Wirtschaft zu reduzieren und die erzielten Erfolge

bei der Säuberung des Bankensystems zu sichern“.¹³

Außerdem wird die Arbeit der Nationalbank der Ukraine von europäischen Partnern gelobt, auch wenn die harte Sparpolitik zu Kritik aus der Bevölkerung führt. Die ukrainische Bevölkerung sah außerdem mehrheitlich die Bodenreform (58%) als auch die Weiterführung der Privatisierung von staatlichen Unternehmen (55%) kritisch.¹⁴ Die innenpolitisch unpopulären Reformen nagen also auch an der Beliebtheit des Präsidenten und führten dazu, dass seine Ratings seit September um zwanzig Prozentpunkte gesunken sind.

Auf der innenpolitischen Agenda stehen also die weitere Umsetzung der Reformen im Justiz- und Antikorruptionsbereich, aber auch ökonomische Initiativen, eine Wahlrechtsreform und die Durchführung der Kommunalwahlen im nächsten Jahr. All dies wird richtungsweisend für den Erfolg oder Misserfolg des neuen Präsidenten sein. Offen bleibt auch, wie lange das Regierungsteam an einem Strang zieht und die große, aber auch heterogene Parlamentsmehrheit zusammenhalten kann, aus der bereits drei der 254 Abgeordneten ausgeschlossen wurden und ca. 30 Mitgliedern der Fraktion offensichtliches Abstimmungsverhalten für den Oligarchen Kolomoiskij nachgesagt wird.

Unter dem Strich wenig Neues

Weder der baldige Frieden im Osten der Ukraine, der von Präsident Selenskyj erhofft wurde, noch die vollständige Kapitulation, die seine Gegner befürchteten, waren Ergebnisse des Normandie-Gipfels. Das Hauptresultat des Treffens ist, dass die Seiten nach drei Jahren diplomatischer Sackgasse den Dialog wiederaufgenommen und vereinbart haben, weiter zu verhandeln. Der ukrainische Präsident hat seinen Wunsch erfüllt, sich persönlich mit seinem russischen Kollegen zu treffen – und möglicherweise einige Illusionen verloren. Auch die Europäische Union will die Umsetzung der beschlossenen Schritte sowie die weiteren Entwicklungen abwarten und hat die gegen Russland verhängten Sanktionen am 12. Dezember 2019 abermals um sechs Monate verlängert.

Die langfristigen Wirkungen des Treffens lassen sich daher noch nicht abschätzen. Bei den wichtigsten Fragen, die für die Konfliktbeilegung wirklich kritisch sind – die Kontrolle über die Grenze, die Durchführung von Lokalwahlen, Modalitäten des Sonderstatus in den von den „Separatisten“

kontrollierten Gebieten – gibt es bis heute keine Einigung der Verhandlungsparteien. Die Antworten auf diese Fragen werden aber nicht nur die Zukunft des Konflikts, sondern das Schicksal der ganzen Ukraine definieren.

- ¹ Organization for Security and Co-operation in Europe, Special Monitoring Mission to Ukraine. Status Report vom 25.11.2019, <https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/440654?download=true>
- ² Pressemitteilung der Bundesregierung 414: Gemeinsam vereinbarte Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens von Paris im Normandie-Format, 09.12.2019, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/gemeinsam-vereinbarte-schlussfolgerungen-des-gipfeltreffens-von-paris-im-normandie-format-1705068>
- ³ Gefangenenaustausch: „Ombudsfrau der DNR“ spricht über die Bereitschaft, 53 Gefangene an die Ukraine zu übergeben (auf Russisch), Gordon.ua, 10.12.2019, <https://gordonua.com/news/war/obmen-uderzhivaemymi-licami-ombudsmen-dnr-zayavila-o-gotovnosti-peredat-ukraine-53-chelovek-1478643.html>
- ⁴ Roman Goncharenko, Steinmeier-Formel - Sprengkraft für die Ukraine, Deutsche Welle, 02.10.2019, <https://www.dw.com/de/steinmeier-formel-sprengkraft-f%C3%BCr-die-ukraine/a-50679595>
- ⁵ Ukraine conflict: Can peace plan in east finally bring peace?, <https://www.bbc.com/news/world-europe-49986007>
- ⁶ Verlängerung der Dauer des Gesetzes über Donbas sowie direkte Verhandlungen mit Separatistengebieten: Russland hat neue Bedingungen an die Ukraine (auf Ukrainisch), TSN Ukraine, 12.11.2019, <https://tsn.ua/politika/prolongaciya-zakonu-pro-donbas-i-pryami-peregovori-z-ordlo-rosiya-visunula-novi-vimogi-do-ukrayini-1442094.html>
- ⁷ Selenskiy über Putin: Ich möchte einen Menschen sehen (auf Ukrainisch), Radio Svoboda, 06.12.2019, in: <https://www.radiosvoboda.org/a/news-zelensky-putin-peregovory/30312047.html>
- ⁸ Razumkov-Zentrum 2019: „Öffentliche Meinung zur Lage im Donbas und zur Wiederherstellung der Souveränität der Ukraine über die besetzten Gebiete.“ Umfrage vom 4. bis 9. Oktober 2019 vom Soziologischen Dienst des Razumkov-Zentrums durchgeführt mit 2015 Befragten aus allen Regionen der Ukraine, mit Ausnahme der Krim und der besetzten Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk. <http://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/gromadska-dumka-pro-sytuatsiiu-na-donbasi-ta-shliakhy-vidnovlennia-suverenitetu-ukrainy-nad-okupovanymy-terytoriiamy>
- ⁹ Datskevych N., Chernichkin K., Thousands gather on Maidan for 'Red Lines for Zelensky' rally before Normandy talks, Kyiv Post, 08.12.2019, <https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/thousands-gather-on-maidan-for-red-lines-for-zelensky-rally-before-normandy-talks.html?fbclid=IwAR3Q1LfmOXjRVFZ-hoK9ZiYu7nV7VTGoZbpNLSVbkokSnRX6iHOIXi-lf4U>
- ¹⁰ The Economist: Transcript. Emmanuel Macron in his own words (English). The French president's interview with The Economist. 07.11.2019, <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-in-his-own-words-english>
- ¹¹ Aldershoff W., Macron and Merkel risk doing Putin's work, Financial Times, 07.12.2019, https://www.ft.com/content/653cb89f-00bd-4f9b-98de-f0acd796694f?fbclid=IwAR32FxiIM31m_LmiLq0qTEy0w9wv30RUnxa2Fo4jn_UBmSoAOiNLKWlgYIE
- ¹² Alexander J. Motyl: "It's Time for Ukraine to Let the Donbass Go", 06.12.2019, https://foreignpolicy.com/2019/12/06/ukraine-better-without-donbass-costly-reconstruction-pro-russia-west/?fbclid=IwAR09qGwSQmHtNftUzAa1HubCOYSQIMceNSMPnbuXWpyaCVGoW9nq2mnrYForeign_Policy
- ¹³ IMF Press Release No.19/446: Statement by the IMF Managing Director on Ukraine, 07.12.2019, https://www.imf.org/en/News/Articles/2019/12/07/PR19446-Statement-by-the-IMF-Managing-Director-on-Ukraine?fbclid=IwAR3SCN05aW8sDaaAucSs73BFPWgynhxGeYqB_XrC3oN4luoVc4YaYtIhW4
- ¹⁴ Ilko Democratic Initiatives Foundation, Public Opinion: November 2019, in: <https://dif.org.ua/en/article/public-opinion-november-2019>. Landesweite öffentliche Meinungsumfrage vom 4. bis 19. November 2019 in allen Regionen der Ukraine (110 Standorte) außer in den besetzten Gebieten der Krim, Donetsk und Luhansk durchgeführt von der Ilko Democratic Initiatives Foundation und dem Kyiv International Institute of Sociology mit 2.041 Befragten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Tim B. Peters
Leiter
Auslandsbüro Ukraine (Kiew / Charkiw)
www.kas.de

tim.peters@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)